



FÖRDERVEREIN
GEDENKSTÄTTE
BERLIN-HOHENSCHÖNHAUSEN



NR. 2 | 2016 | 12. Jahrgang
NACHRICHTENINFO 36

NACHRICHTENINFO 36

IHRE UNTERSTÜTZUNG

Der Förderverein freut sich auf Ihre Mithilfe. Mitglieder können Personen oder Organisationen werden, die dessen Ziele ideell und materiell unterstützen wollen.

Organisationen oder privatwirtschaftliche Unternehmen, die den Förderverein unterstützen, werden von der Gedenkstätte auf Wunsch öffentlich erwähnt.

Für Ihre Spenden und Mitgliedsbeiträge stellen wir Ihnen eine Spendenbescheinigung aus.

SPENDENKONTO

Förderverein Gedenkstätte
Berlin-Hohenschönhausen

Commerzbank Berlin
IBAN: DE11 1204 0000 0622 6229 00
BIC: COBADEFFXXX

INHALT

Geleitwort	04 05
55. Jahrestag Mauerbau – Förderverein zeigt Solidarität mit den Opfern des „antifaschistischen Schutzwalls“	06 09
Ex-Berliner Polizeigefängnis Keibelstraße – Forderungen nach Öffnung werden lauter	10 12
Diskussion: Schlussstrich oder Neuanfang – Die Zukunft der Stasi-Unterlagen-Behörde	13 15
Gedenkstätte erinnert an Selbstverbrennung des ostdeutschen Pfarrers Oskar Brüsewitz	16 17
Kurznachrichten	18 19
Der (kommissarische) Kassenwart hat das Wort	20 21
Gedenkstättendirektor Hubertus Knabe: Zielscheibe von Beleidigungen	22
Auszeichnung für FV-Gründungsmitglied Freya Klier	23
Verhaftung – Schauprozess – Hinrichtung: Das Schicksal von Gerhard Benkowitz	24 25
„Linse-Dinner“ – Erinnerungen an das Entführungsoffer Dr. Walter Linse	26
Hermann Schäfer: „Deutsche Geschichte in 100 Objekten“	27
Julia Spohr: „In Haft bei der Staatssicherheit. Das Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen 1951–1989“	28 29
Lissabon: Besuch im „Museu do Aljube. Resistencia e Liberdade“	30



Geleitwort



Liebe Mitglieder und Freunde des Fördervereins,

mit Riesenschritten nähert sich der Förderverein seinem gesellschaftlichen und politischen Höhepunkt, der Verleihung des Hohenschönhausen-Preises am 28. November in Berlin.

Inzwischen ist die Bewerbungsfrist verstrichen, und wir bereiten uns auf die Jurysitzung vor. Am 17. Oktober fällt die Entscheidung über den fünften Preisträger. Nach Joachim Walther, Karl Wilhelm Fricke, Erich Loest und Reiner Kunze wird erneut eine Persönlichkeit geehrt, die in herausragender Weise zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur beigetragen hat. Als Laudatorin konnten wir die Ministerpräsidentin des Saarlandes gewinnen, Frau Annegret Kamp-Karrenbauer gewinnen.

Mit dem neuen Nachrichteninfo wollen wir Ihnen einen Überblick über die Aktivitäten des Fördervereins und der Gedenkstätte in den vergangenen Monaten geben. Hervorheben möchte ich unser Zeichen der Solidarität mit den Opfern der Mauer in den 28 Jahren der Teilung der deutschen Hauptstadt. Am 13. August, dem 55. Jahrestag des Mauerbaus, haben Förderverein und Gedenkstätte am Brandenburger Tor an das große Leid erinnert, das der „antifaschistische Schutzwall“ für die Berliner bedeutet hat. Der Förderverein versteht diese Demonstration keinesfalls als ein auf Jahrestage fixiertes ritualisiertes Gedenken.

Die Notwendigkeit der Erinnerung an das kommunistische Unrecht ist umso wichtiger, da DDR-Nostalgiker die SED-Diktatur dreist verklären und gar „die Sicherung der Staatsgrenze der DDR“ feiern wie wir am 13. August am Brandenburger Tor erleben mussten. Gerade mit Blick auf die nachwachsende Generation ist es wichtig, immer neue Wege der Vermittlung von Geschichte zu finden. Darum bemühen sich Förderverein und Gedenkstätte gemeinsam. Das ist mitunter mühsam, gibt es doch immer wieder

„Aufarbeitungsexperten“, denen weniger die Arbeit der Gedenkstätte am Herzen liegt als ihre eigene Profilierung. So geschehen im vergangenen Sommer als sich eine „Expertenkommission“ im Auftrag des Bundestages anschickte, Vorschläge über die Zukunft der Stasi-Unterlagenbehörde zu machen. Ungefragt und ohne Auftrag hatten die „Experten“ bei einer Gegenstimme auch gleich eine Zusammenlegung der Gedenkstätte mit der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg empfohlen. Die neu zu gründende Stiftung sollte die Wischi-Waschi-Bezeichnung „Diktatur und Widerstand. Forum für Demokratie und Menschenrechte“ tragen.

Der Förderverein hat Gedenkstättenleiter Hubertus Knabe in seinem erfolgreichen Bemühen unterstützt, diese politische Instinktlosigkeit zu verhindern. Aufgrund massiver Proteste auch der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) haben sich die Koalitionsfraktionen von den Empfehlungen der Kommission distanziert. Das Papier landete dort wo es hingehört, auf den Müllhaufen der Geschichte.

Und unser Mitglied Roland Jahn sitzt mit politischer Legitimation jetzt wieder dort wo er hingehört, auf dem Stuhl des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen. Für den seit 2011 zuletzt kommissarisch amtierenden

Behördenchef stimmten im Bundestag 511 von 570 Abgeordneten, gegen ihn 39. Es gab 20 Enthaltungen. Vor allem die SPD-Bundestagsfraktion hatte sich gegen die Wiederwahl gestemmt, weil sie erst klären wollte, was aus der Behörde werden soll. Jahns zweite Amtszeit endet 2021.

Und es gilt noch eine weitere, erfreuliche Personalie zu würdigen. Unser langjähriges Mitglied Volker Wissing, Bundestagsabgeordneter von 2004 bis 2013, ist am 18. Mai als Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland-Pfalz vereidigt worden. Er ist zugleich stellvertretender Ministerpräsident.

Der Vorstand des Fördervereins wünscht Ihnen eine angeregte Lektüre des neuen Nachrichteninfos, erlaubt sich einen Verweis auf die Seiten 20/21, und freut sich auf ein Wiedersehen am 28. November in Berlin.

Ihr Jörg Kürschner



Soeben erfahren wir vom Tod unseres Mitglieds Helge Dietrich. Wir trauern um einen lebenswerten Menschen. Ein Nachruf erfolgt im nächsten Heft.



55. Jahrestag Mauerbau – Förderverein zeigt Solidarität mit den Opfern des „antifaschistischen Schutzwalls“

von Jörg Kürschner



Im Visier der Medien: FV-Mitglied Roland Jahn im Gespräch mit Vize-Gedenkstättenchef Helmuth Frauendorfer

Noch immer gibt es Historiker, die in wenig erhellenden Abhandlungen endlos darüber fabulieren, ob es an der Mauer einen Schießbefehl der DDR-Regierung gegeben hat.

Das Videoportal You tube hilft weiter. „Wer unsere Grenze nicht respektiert, der bekommt die Kugel zu spüren.“, sagte mit fester Stimme am 6. Oktober 1961 DDR-Verteidigungsminister Heinz Hoffmann. Filmisch ist festgehalten wie der Armeegeneral

die Grenztruppen keine zwei Monate nach dem Bau der Mauer verpflichtete, die Schusswaffe nach Zuruf und Warnschuss sofort scharf anzuwenden, wenn Flüchtlinge nicht auf andere Weise festzunehmen seien.

Bereits zu Jahresbeginn hatte der Förderverein die erforderliche Sondernutzungserlaubnis vor dem Brandenburger Tor beantragt, um am 13. August an die Opfer des Schießbefehls zu erinnern. Die Gedenkstätte hatte

zwei originale DDR-Gefangenentransporter zur Verfügung gestellt, die von den Passanten, darunter vielen Touristen, inspiziert worden sind. Die Dunkelheit in den engen Transportzellen des B1000 und des W50 – Welch ein Kontrast zu dem hochsommerlichen Samstag, an dem so gar nichts von kommunistischer Diktatur zu spüren war.

Mit einer Einschränkung. 100 Meter entfernt vom Stand des Fördervereins hatten sich etwas 50 Mitglieder des Vereins „Unentdecktes Land“ versammelt, um an den „55. Jahrestag der Sicherung der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik“ zu erinnern.

In dem Aufruf heißt es, die Mauer sei gebaut worden, um die Freiheit der „jetzt herrschenden Kriegstreiber und Verelender“ zu beschneiden. Die etwa 50 DDR-Verklärer verteilten Faltblätter, in denen vom „Vergnügungspark Hohenschönhausen“ die Rede ist und Gedenkstättendirektor bildlich verunglimpft wird. „Schuld am Mauerbau war die BRD“, heißt es auf der Netzseite der DDR-Befürworter. Die Aufforderung, die in Sichtweite stehenden DDR-Gefangenentransporter zu besichtigen, lehnten sie arrogant ab.

Zusammen mit der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewalt-



UOKG-Chef Dieter Dombrowski, MdL

Kompetente Fragen: Gedenkstätte im Gespräch mit Ex-Häftling Karl-Heinz Richter

herrschaft (UOKG) hat der Förderverein hingegen über das mörderische Grenzregime und dessen Folgen informiert. Von 1961 bis 1989 kamen an der Berliner Mauer und an der Zonengrenze mehr als 72.000 Menschen in Haft, häufig in das Zentrale Untersuchungsgefängnis des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in Berlin-Hohenschönhausen. Die Zahl der Toten wird auf über 1.000 geschätzt.



FV-Vorsitzender Jörg Kürschner eröffnet die Demonstration

Der UOKG-Bundesvorsitzende Dieter Dombrowski und der Förderverein forderten eine Entschädigung von Zwangsarbeit in DDR-Gefängnissen, die Anerkennung gesundheitlicher Haftfolgeschäden bei der Rente und eine ausführlichere Behandlung der DDR-Diktatur im Schulunterricht.

Ehemalige Häftlinge, darunter FV-Mitglied und Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen Roland Jahn, informierten über ihr Schicksal als Verfolgte der DDR-Diktatur. Am Abend stellte sich ein Gefühl der Zufriedenheit ein, waren wir doch mit vielen Menschen ins Gespräch gekommen.

Die Aufmerksamkeit der Passanten steigerte sich noch wenn Zeitzeugen in englischer Sprache ihr persönliches Schicksal schilderten. Zwei Tage später berichtete auch die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) über die Aktivitä-

ten des Fördervereins. Und auch politische Prominenz ließ sich am Stand des Fördervereins blicken:

Berlins Innensenator und Wahlkämpfer Frank Henkel konnte sich zugleich von der umsichtigen Arbeit seiner Polizeibeamten überzeugen.



FV-Demonstration am Brandenburger Tor. Andrang an den Informationsständen und den Gefangenentransportern



Ex-Berliner Polizeigefängnis Keibelstraße – Forderungen nach Öffnung werden lauter

von Jörg Kürschner



Rückkehr an einen schwierigen Ort. Ex-Häftling Harry Santos führt Besucher durch das frühere Polizeigefängnis FV-Gedenken an die Opfer des 17. Juni 1953. Roland Jahn, Jörg Kürschner, Hubertus Fedke, Hubertus Knabe (v.l.)

Von einer „Abstimmung mit den Füßen“ schrieb Sven Felix Kellerhoff in der Zeitung „Die Welt“ über den regen Besuch der von der Gedenkstätte zum zweiten Mal organisierten Sonderführungen durch das frühere Polizeigefängnis Keibelstraße in unmittelbarer Nähe des Berliner Alexanderplatzes. Der 2012 mit einem Ehrenpreis im Rahmen des Hohenschönhausen-Preises des Fördervereins ausgezeichnete Publizist stellte die Frage, „Warum Berlin das Gedenken im Vopo-Knast blockiert“.

Eine Frage, die sich nicht nur ehemalige Häftlinge stellen, sondern auch FV-Mitglied Roland Jahn oder Berlins

früherer Regierender Bürgermeister Walter Momper. Seit Jahren sagt der Senat, man wolle in dem einstigen Gefängnis einen „Lernort“ einrichten. Aber es bewegt sich nichts.

Wie im vergangenen Jahr hatten mehrere hundert Besucher am 17. Juni, dem Gedenktag an den Volksaufstand gegen die kommunistische Diktatur, Gelegenheit, das einstige Gefängnis der DDR-Volkspolizei in Augenschein zu nehmen. Zahlreiche Hohenschönhausen-Häftlinge, die auch in der Keibelstraße eingekerkert waren, führten die Besucher durch die original erhaltenen Hafträume. Der Förderverein nutzte die Gelegenheit, um zu seinem





Mitten in Berlin. Besucher im ehemaligen Polizeigefängnis Keibelstraße

traditionellen informellen Sommertreffen einzuladen. Gekommen waren unter anderem FV-Mitglied Jürgen Wagen-trotz, ein steter, verlässlicher Ratgeber und Unterstützer unserer Arbeit sowie Roland Jahn, der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen.

Der kurz zuvor vom Bundestag mit eindrucksvoller Mehrheit in seinem Amt bestätigte Behördenchef forderte eine Öffnung dieses bisher unzugänglichen Berliner Erinnerungsorts. In diesem Bemühen dürfe man nicht locker lassen, rief er unter großem Beifall während der Feierstunde aus. Jahn sprach anlässlich der vom Förderverein veran-lassten Kranzniederlegung von der dringenden Notwendig-keit, das Erinnern an die kommunistische Diktatur an die nächste Generation weiterzugeben.

Er plädierte ebenso wie FV-Vizevorsitzender Hubertus Fedke dafür, anstelle des eher protokollarisch bestimmten 3. Oktober den 17. Juni alljährlich als Tag der deutschen Einheit zum Nationalfeiertag zu machen. Am 17. Juni 1953 versuchten die Aufständischen vergeblich, das Berliner Polizeipräsidium in der Keibelstraße zu besetzen und die politischen Gefangenen zu befreien.

Gedenkstätdirektor Hubertus Knabe hat dem Senat wiederholt angeboten, die inhaltliche Kompetenz der von ihm geleiteten Landesstiftung zu nutzen und das frühere, in zentraler Lage befindliche Gefängnis für Interessierte zu öffnen. Außerdem könnte die Gedenkstätte in Hohen-schönhausen entlastet werden. Im vergangenen Jahr haben knapp 444.000 Menschen das frühere Stasi-Gefängnis im Nordosten Berlins besucht. Doch der Senat sperrt sich, ungeachtet des gewaltigen Interesses. ■



Diskussion: Schlussstrich oder Neuanfang – Die Zukunft der Stasi-Unterlagen-Behörde

FV-Vorstandsmitglied Christine Sauerbaum-Thieme und Thomas Thieme



Hart aber fair: Helmut Frauendorfer, Hildigund Neubert, Jörg Kürschner, Sabine Bertmann-Pohl, Siegmund Ehrmann, Marco Wanderwitz (v.l.)

Am 9. Mai wurde in der Gedenkstätte engagiert über den Abschlussbericht der vom Deutschen Bundestag ein-gesetzten Expertenkommission dis-kutiert. Es ging um den künftigen Umgang mit den Stasi-Akten und damit um die Stellung des Bundes-beauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU). In seiner Begrüßung der Dis-kutanten und der rund 150 Besucher mahnte Gedenkstättenchef Hubertus

Knabe, dass die Entscheidung über die Zukunft der Stasi-Unterlagenbe-hörde eine historische sei, die von der Verantwortung für die Opfer be-stimmt sein müsse.

Der Stasi-Unterlagen-Beauftragte Ro-land Jahn wies einleitend daraufhin, dass auf den Tag genau vor 17 Jahren sein Freund Jürgen Fuchs verstorben ist, jener Dissident und Schriftsteller,



Roland Jahn
Hubertus Knabe

den die Stasi in der Haft und auch nach dessen Übersiedlung im Westen mit den perfidesten Zersetzungsmaßnahmen bearbeitet hatte. Dessen Vermächtnis für die heutige Entscheidung laute: „Was hilft den Opfern?“ Daher müsse der Titel der Veranstaltung eigentlich heißen: „Weder Schlussstrich noch Neuanfang!“ Die Betrachtung der DDR-Diktatur müsse die gesamte Gesellschaft der DDR einbeziehen, Verbesserungen für die Opfer seien notwendig, z.B. im Kontext von Zwangsadoptionen und Rentengerechtigkeit, betonte das FV-Mitglied.

Sabine Bergmann-Pohl, ehemalige Präsidentin der einzigen frei gewählten DDR-Volkskammer und Mitglied der Kommission, begründete den Vorschlag des Gremiums, die Akten ins Bundesarchiv zu geben, mit dem Hinweis darauf, dass die Akten an den bisherigen Orten verblieben, sich lediglich die Zuständigkeit ändere.

Hildigund Neubert hatte als einziges Mitglied der Kommission gegen den Vorschlag gestimmt. kritisierte eine Überführung ins Bundesarchiv, indem sie auf Hanna Arendt Bezug nahm, die von „Institutionen der Freiheit“ gesprochen habe, die die Macht der Mächtigen begrenzen. Darüber hinaus sei die Stasi-Unterlagenbehörde ein Symbol der Freiheit, das auch international große Anerkennung genieße. Durch eine Unterstellung der Akten an einen beamteten Abteilungsleiter im Bundesarchiv ginge diese Besonderheit verloren – so die frühere DDR-Bürgerrechtlerin.

Die beiden Abgeordneten des Bundestages, Vorsitzender des Kulturausschusses Siegmund Ehrmann (SPD) und FV-Mitglied Marco Wanderwitz, CDU-Kulturexperte, äußerten zwar Sympathie für die Anliegen der Opfer, vermieden aber konkrete Festlegungen, welche Optionen sie ihren jeweiligen Fraktionen vorschlagen wollen. FV-Vorsitzender Jörg Kürschner kritisierte das Fehlen von Opfern in der Kommission. Die geplante Einverleibung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen in eine „Stiftung Diktatur und

Widerstand – Forum für Demokratie und Menschenrechte“ bedeute eine Strukturveränderung, die vom Auftrag des Bundestags nicht gedeckt sei. Darin komme mangelnder Respekt vor dem Parlament zum Ausdruck. Die Veränderung des Status des Bundesbeauftragten in eine Art Ombudsmann bedeute, dass er keinen Kontakt mehr zu den Akten habe.

In der engagierten, von Gedenkstätten-Vizechef Helmuth Frauendorfer geleiteten Diskussion äußerten sich die Zuhörer überwiegend kritisch zu den Vorschlägen der Kommission, die vom früheren Sachsen-Anhalter Ministerpräsidenten Wolfgang Böhmer geleitet worden war. Kooperationen zwischen den einzelnen Institutionen bestünden ohnehin und müssten nicht durch eine Stiftung erzeugt werden. Besonders wurde hervorgehoben, dass bisher keine wissenschaftliche Bestandsaufnahme durchgeführt worden sei, die als Mindestvoraussetzung für strukturelle Veränderungen angesehen wurde. Kritisiert wurde insbesondere die zögerliche Rolle der SPD hinsichtlich der Verlängerung der Amtszeit von Roland Jahn.

Nicht nur auf dieser Veranstaltung in der Gedenkstätte wurde erheblicher Widerstand gegen die Ergebnisse der Böhmer-Kommission deutlich. Daher sah sich der Kulturausschuss des Bundestages bereits im Juni veran-



Fragen über Fragen. Das Podium stellt sich den interessierten Besuchern.

lasst, die Vorschläge ad acta zu legen. Das Parlament hat vielmehr beschlossen, dass BStU und Bundesarchiv selbst ein Konzept „für die dauerhafte Sicherung der Stasiakten durch eine Überführung des Stasiunterlagenarchivs in das Bundesarchiv“ erstellen sollen (zit.n.: http://www.bstu.bund.de/DE/BundesbeauftragterUndBehoerde/BStUZukunft/_node.html;jsessionid=07F9E3B962AE3B2F6F24709B4B03AB55.2_cid329, Zugriff am 05.08.2016).

Roland Jahn wurde – gegen den anfänglichen Widerstand der SPD – vom Bundestag mit beeindruckender Mehrheit wiedergewählt. ■



Gedenkstätte erinnert an Selbstverbrennung des ostdeutschen Pfarrers Oskar Brüsewitz

von Jörg Kürschner



Diskussionsrunde in der Berliner Zionskirche mit FV-Gründungsmitglied Freya Klier, Autoren eines Buches über das Leben von Oskar Brüsewitz

Es gibt Menschen, die vor dem kollektiven Vergessen bewahrt werden müssen. Zu ihnen zählt Oskar Brüsewitz, der sich am 18. August 1976 vor der Michaeliskirche in Zeitz mit Benzin übergossen und angezündet hatte. Auf dem Dach seines Autos hatte er Plakate angebracht. Darauf war zu lesen: „Funkspruch an alle – Funkspruch an alle – Die Kirche in der DDR klagt den Kommunismus an wegen Unterdrückung in Schulen an Kindern und Jugendlichen“. Vier Tage später erlag der 47-jährige Familienvater in einem Krankenhaus in Halle seinen schweren Verletzungen.

Gedenkstättendirektor Hubertus Knaube beschrieb Brüsewitz als einen „unkonventionellen, mutigen Mann, der

mit fast partisanenhaften Methoden gegen die Diktatur der DDR aufgetreten“ sei. Er habe nicht nur „den Hass der Mächtigen und Kleinfunktionäre auf sich gezogen“, sondern auch der Kirche, die sich mit dem Staat arrangierte, Probleme bereitet. Es sei wichtig, heute an ihn zu erinnern und das Besondere dieses Mannes herauszustellen“, betonte er Mitte Juli in der Berliner Zionskirche.

An dem Gedenken nahm auch die 58-jährige Tochter von Brüsewitz mit ihren drei Kindern teil. Esther Fröbel, die 18 Jahre alt war, als ihr Vater starb, und später selbst Pfarrerin geworden ist, glaubt, dass es sein „tiefstes Anliegen“ war, dass Menschen ihren Glauben leben und ermutigt werden,



Gedenken an Pfarrer Oskar Brüsewitz. FV-Gründungsmitglied und Biografin Freya Klier liest aus ihrem Buch „Oskar Brüsewitz. Leben und Tod eines mutigen DDR-Pfarrers“



sich zu bekennen. „Er hat innerlich dafür gebrannt, das Evangelium weiterzugeben“.

In der DDR-Propaganda wurde Brüsewitz als Psychopath dargestellt. Die Kirchen sahen vor allem ihre Politik der Verständigung mit der SED gefährdet und agierten nicht eindeutig. Sie riefen aber in einem „Wort an die Gemeinden“ zur Fürbitte für den unbehaglichen Pfarrer aus Rippicha auf.

Die Veranstaltung wurde zusammen mit der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz und der Evangelischen Kirchengemeinde am Weinberg organisiert. ■



Kurznachrichten

■ Das Menschenrechtszentrum (MRZ) im früheren DDR-Zuchthaus Cottbus wird mit dem neuen Brandenburger Freiheitspreis geehrt. Die mit 25.000 Euro dotierte Auszeichnung des evangelischen Domstifts Brandenburg soll am 11. Oktober im Dom zu Brandenburg übergeben werden. Nach Ansicht der Jury hält das MRZ mit seinem Einsatz für Menschen- und Bürgerrechte die Erinnerung an das Schicksal politischer Gefangener in der Zeit der DDR wach. Das MRZ Cottbus wurde 2007 von ehemaligen politischen Häftlingen gegründet. Der Preis wird von der Deutschen Bank und dem Technologiekonzern ZF Friedrichshafen finanziert. Der Förderverein hatte das MRZ 2014 anlässlich der Verleihung des Hohenschönhausen-Preises mit einem Sonderpreis ausgezeichnet. jök

■ Forscher wollen die Lebensläufe von Kindern ehemaliger hauptamtlicher Mitarbeiter der DDR-Staatsicherheit untersuchen. Wie das Aufwachsen unter den Augen des Staatssicherheitsdiensts und die Rolle der Eltern in diesem Apparat sich auf die Gesundheit und den weiteren Lebensweg der Kinder auswirkten, sei kaum erforscht, teilte die Universität Greifswald mit. 1989 arbeiteten etwa 90.000 Hauptamtliche für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR. Einige der Kinder wussten noch zu DDR-Zeiten, für wen die El-

tern arbeiteten. Andere erfuhren erst nach dem Mauerfall davon. Manche verpflichteten sich selbst zur Tätigkeit für das MfS, andere gingen mehr oder weniger offen in den Widerstand gegen den Staat und die Position der Eltern. In jedem Fall sei von Stasi-Mitarbeitern auch im Privaten geheimdienstliche Kontrolle und Beeinflussung erwartet worden, die in unterschiedlicher Form und Ausmaß stattgefunden habe, erklärten die Forscher. Die Kinder seien „in besonderer Weise aus nächster Nähe“ betroffen gewesen. jök

■ Die Justizministerkonferenz setzt sich für eine Rehabilitierung von DDR-Heimkindern ein, deren Eltern politische Gefangene waren. Die Minister nahmen einstimmig einen Antrag zu einer Bundratsinitiative von Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern an. Damit soll eine Gesetzeslücke geschlossen werden. Derzeit werden Kinder nicht automatisch rehabilitiert, wenn sie nur wegen der Haft ihrer politisch verfolgten Eltern ins Heim kamen. „Sie wurden mitunter willkürlich in Sippenhaft genommen, ohne dass dies in den Akten dokumentiert ist“, erklärte Thüringens Ressortchef Dieter Lauinger, der als Richter auch Fälle von Kindern politisch Verfolgter behandelt hat. Außerdem seien viele Akten vernichtet und Zeugen tot. Die Betroffenen müssten derzeit nachweisen, dass auch ihre Unter-

bringung im Heim wegen politischer Verfolgung veranlasst worden ist. Mit der angestrebten Gesetzesänderung könnten auch diejenigen, deren Anträge bereits rechtskräftig abgelehnt wurden, auf Rehabilitierung hoffen. jök

■ Wegen des Todes von fünf DDR- und BRD-Deutschen haben Historiker Strafanzeige gegen ehemalige tschechoslowakische Grenzsoldaten und Politiker gestellt. Der Generalbundesanwalt in Karlsruhe sei um Prüfung gebeten worden, teilte die Plattform für das Gewissen und das Gedächtnis Europas in Prag mit. Die Anzeige richte sich insgesamt gegen 67 mögliche Verantwortliche in der gesamten Befehlskette bis hinauf zum ehemaligen Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei Milos Jakes und Ex-Ministerpräsident Lubomir Strougal. Die vier DDR-Flüchtlinge waren beim Versuch, über die Tschechoslowakei (CSSR) in die Bundesrepublik zu entkommen, an der streng bewachten Grenze getötet worden. Besonders tragisch endete der Fluchtversuch des Magdeburgers Hartmut Tautz. Er verblutete qualvoll, nachdem ihn CSSR-Grenzhunden zerfleischt hatten. Die Tiere waren speziell auf den Angriff auf Menschen abgerichtet. In einem Fall geht es um den pensionierten Bundeswehr-Oberstleutnant Johann Dick, den CSSR-Grenzer 1986 wohl aufgrund ei-

ner Verwechslung auf dem Gebiet der Bundesrepublik erschossen hatten. In keinem der Fälle wurden die Verantwortlichen in Tschechien oder der Slowakei je zur Rechenschaft gezogen. Insgesamt kamen an der CSSR-Staatsgrenze nach neuesten Recherchen von Historikern mindestens 276 Flüchtlinge ums Leben. jök

■ Vertreter aller 28 EU-Mitgliedsländer haben am „Tor der Freiheit“ bei Bratislava der Opfer des Totalitarismus gedacht. An der Stelle verlief bis 1989 ein Teil des so genannten Eisernen Vorhangs. Damit war die scharf bewachte Grenze zwischen den Ostblock-Staaten und dem Westen gemeint. Das „Tor der Freiheit“ wurde vom Dissidenten und späteren Obdachlosenpriester Anton Srolec als Erinnerung an die vielen Menschen initiiert, die bei Fluchtversuchen starben. Die Gedenkfeier fand am Vorabend des Europäischen Gedenktages für die Opfer von Nationalsozialismus und Stalinismus (23. August) statt. Mit dem Gedenktag wird an den Hitler-Stalin-Pakt erinnert, der am 23. August 1939 unterzeichnet worden war. Damals scheiterten die Bemühungen von Briten und Franzosen, die Sowjetunion gegen Nazi-Deutschland einzubinden. jök



Der (kommissarische) Kassenwart hat das Wort

von Frank Silz



Ab sofort können die Mitgliedsbeiträge im Lastschrifteinzugsverfahren bezahlt werden. Voraussetzung hierfür ist, dass dem Förderverein der vollständig ausgefüllte und unterschriebene Vordruck „SEPA-Lastschriftmandat“ vorliegt. Dieser Vordruck kann sowohl für die Mitgliedsbeiträge als auch für einmalige oder regelmäßige Spenden verwendet werden.

Das SEPA-Lastschriftmandat ist diesem Nachrichteninfo nebst einem adressierten Rückumschlag beigefügt. Das Formular ist auch auf der Homepage des Fördervereins gespeichert und kann von dort im PDF-Format heruntergeladen werden. Wer das Lastschriftverfahren nutzen möchte, bitte ich um Rücksendung des unterschriebenen Vordrucks mit dem Rückumschlag. Ferner besteht die

Möglichkeit das Formular einzuscannen und im PDF-Format an die Email-Adresse des Kassenwarts zu senden: kassenwart@foerderverein-hsh.de

Mitgliedsbeiträge:

Per Mitte August haben rd. 1/3 der Mitglieder ihren Jahresbeitrag 2016 überwiesen. Alle, die ihren Mitgliedsbeitrag für 2016 und ggf. für die Vorjahre noch nicht überwiesen haben, können jetzt das komfortable Lastschrifteinzugsverfahren nutzen. Selbstverständlich kann auch weiterhin der Mitgliedsbeitrag per Banküberweisung bezahlt werden.

Die Abbuchung vom Konto erfolgt jeweils Mitte des Monats für alle SEPA-Lastschriftmandate, die bis zum Ende des vorhergehenden Monats vorliegen:

1. Zahlungslauf
SEPA-Mandate mit Posteingang bis Ende September 2016 (Abbuchung Mitte Oktober 2016)

2. Zahlungslauf
SEPA-Mandate mit Posteingang bis Ende Oktober 2016 (Abbuchung Mitte November 2016) usw.

Der Abbuchungstermin für den Mitgliedsbeitrag 2017 wird Ihnen im 1. Nachrichteninfo 2017 mitgeteilt. ■

Förderverein Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen e.V.
Email: kassenwart@foerderverein-hsh.de



SEPA - Lastschriftmandat

- Mitgliedsbeitrag jährlich in Höhe von €
- Spende in Höhe von €
- einmalig monatlich vierteljährlich jährlich

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE30ZZZ00001383037
Mandatsreferenz: Die Mandatsreferenz-Nummer wird Ihnen bei der Abbuchung auf Ihrem Kontoauszug mitgeteilt.

Ich ermächtige den Förderverein Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen e.V., Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Förderverein Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vorname und Name (Kontoinhaber)

Straße und Hausnummer

Postleitzahl und Ort

@ Email

Name des Kreditinstituts

IBAN (DE+20 Ziffern)

Datum und Unterschrift



Gedenkstättendirektor Hubertus Knabe: Zielscheibe von Beleidigungen

von Jörg Kürschner



Hubertus Knabe

Hubertus Knabe erreichen nicht selten Briefe von ehemaligen politischen Häftlingen, die ihn um Rat fragen oder um Hilfe bitten. Etwa bei der Stellung von Anträgen auf SED-Opferrente oder bei der Anerkennung von gesundheitlichen Haftfolgeschäden.

Doch es landen auch höchst unerfreuliche Briefe auf dem Schreibtisch des Gedenkstättendirektors. Gleich dreimal innerhalb eines Vierteljahres schrieb Jürgen Söcknick an Knabe, einmal erging er sich in massiven Beleidigungen.

So schrieb Söcknick, der seit Alter mit 75 Jahren angibt, im Mai, es zeige sich wieder einmal, „dass Sie (gemeint ist Knabe, d. V.) ein Schmierfink sind, pervers, eben ein Mensch gewordenes Schwein“. Und an anderer Seite heißt es: „Sie sind ein ganz infamer Lügner“.

Söcknick ließ sich zu den offensichtlichen Beleidigungen hinreißen, da Knabe sich anlässlich des Todes der einstigen DDR-Volksbildungsministerin Margot Honecker kritisch über deren langjähriges Wirken geäußert hatte. Honecker habe während ihrer 26-jährigen Amtszeit den Hass der Schüler auf den Klassenfeind geschürt und auch die berüchtigten Jugendwerkhöfe zu verantworten, den „Arbeitslagern für Minderjährige“. „Bis zu ihrem Tod blieb sie ihrem Ruf einer bösen, verstockten Frau treu“, resümiert Knabe in seinem Nachruf für die Bild-Zeitung. ■



Auszeichnung für FV-Gründungsmitglied Freya Klier

von Jörg Kürschner



FV-Gründungsmitglied Freya Klier im Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel

Freya Klier, die 2003 zu den Gründern des Fördervereins gehört hat, wird mit dem Franz-Werfel-Menschenrechtspreis 2016 der Stiftung Zentrum gegen Vertreibung ausgezeichnet.

Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert und wird am 6. November in der Frankfurter Paulskirche verliehen. Die Stiftung ehrt die frühere DDR-Bürgerrechtlerin insbesondere für ihr letztes Buch „Wir letzten Kinder Ostpreußens. Zeugen einer vergessenen Generation“. Darin zeichnet Klier die dramatischen Schicksale von sieben Kindern aus Ostpreußen nach, von denen nur einem Jungen die Flucht gelingt, ein Mädchen kurz vor dem Hungertod von einer Estin gerettet wird – die anderen für drei Jahre im sowjetisch besetzten Ostpreußen eingeschlossen bleiben. Ausgehend vom Sommer 1944 bis hinein in un-

sere Gegenwart beleuchtet das Buch die Verwobenheit von Geschichte und den Einzelschicksalen. Aus der Komposition dieser Stimmen, so die Stiftung, erwächst ein noch nie zu lesendes Panorama der letzten Kriegsmomente. Ein aufwühlendes Zeugnis und Buch für eine ganze Generation und deren Nachkommen.

Freya Klier wurde 1950 in Dresden geboren und 1968 wegen versuchter „Republikflucht“ zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt. 1980 gehörte sie zu den Mitbegründern der DDR-Friedensbewegung, 1988 wurde sie zusammen mit anderen Bürgerrechtlern verhaftet und unfreiwillig ausgebürgert. ■



Verhaftung – Schauprozess – Hinrichtung: Das Schicksal von Gerhard Benkowitz

von Jörg Kürschner



Gerhard Benkowitz (BStU-Kopie)

Vor 35 Jahren, am 26. Juni 1981, ist in der DDR das letzte Todesurteil vollstreckt worden. Werner Teske, Hauptmann des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), wurde in Leipzig wegen „begangener, vollendeter und vorbereiteter Spionage besonders schweren Falls in Tateinheit mit Fahnenflucht in schwerem Fall“ getötet.

Nach Recherchen der Stasi-Unterlagenbehörde verhängten die Gerichte seit Gründung der DDR 231 Todesurteile, von denen 160 vollstreckt wurden. Bei fünf Fällen ist bis heute nicht geklärt, ob die Todesstrafe tatsächlich angewandt wurde. Die Bundesrepublik hatte die Todesstrafe bereits 1949 abgeschafft, die sich als humanistisch bezeichnende DDR folgte erst 1987.

„Im Namen des Volkes“ ist auch Gerhard Benkowitz 1955 hingerichtet worden. Der 32-jährige Russisch-

Lehrer in Weimar wurde der Sabotage beschuldigt. Der Vorwurf lautete, Benkowitz habe die das Ilmtal überspannende Brücke sprengen und damit Hunderte von Menschenleben aufs Spiel setzen wollen.

In den Vernehmungen gab Benkowitz zu, im Auftrag der in Berlin (West) ansässigen antikommunistischen Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) die Saaletalsperre fotografiert sowie verschiedene Brücken im Weimarer Raum, Hochspannungsmasten und ein Elektrizitätswerks zu Sabotagezwecken ausgekundschaftet zu haben. Allerdings hatten ihm die Stasi-Offiziere im Untersuchungsgefängnis Hohenschönhausen einge-redet, eine ausführliche Selbstbeziehung und Reue könne ihn retten.

Die DDR inszenierte gegen Benkowitz einen Schauprozess, das SED-

Parteiorgan „Neues Deutschland“ titelte „Keine Gnade für die Volksfeinde“. Am 23. Juni 1955 wurde Benkowitz zum Tode verurteilt, er starb nur sechs Tage später unter dem Fallbeil. Benkowitz Ehefrau Erika wurde zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt, eine Witwenversorgung nach dem Häftlingshilfegesetz wurde von der Arbeits- und Sozialbehörde Hamburg 1977 abgelehnt. Bis zu ihrem Tod 2008 hat FV Mitglied Jürgen-Kurt Wenzel Erika Benkowitz betreut.

Später hat sich herausgestellt, dass das Todesurteil schon vor Prozessbeginn aufgrund eines Vorschlags des Zentralkomitees feststand.

Für den Hauptangeklagten Benkowitz war die Todesstrafe vorgesehen, sein angeblicher Mittäter Hans-Dietrich Kogel sollte ursprünglich zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt werden. Doch SED-Parteichef Walter Ulbricht korrigierte den Strafvorschlag kurzerhand in ein Todesurteil. Dabei begnügte er sich mit der Einfügung von „Gänsefüßchen“, die anzeigen sollten, dass der eine Zeile darüber stehende Strafvorschlag für Benkowitz auch für Kogel zu gelten habe.

Nachzulesen sind die Umstände dieses politischen Justizmords in dem Aufsatz „Ein Federstrich von Ulbrichts Hand: Todesstrafe“ unseres FV Gründungsmitglieds und Hohenschönhausen-Preisträgers Karl Wilhelm Fricke.

Der Familie Benkowitz ist im Juni vergangenen Jahres, 60 Jahre nach der Hinrichtung, im Gottesdienst der Weimarer Johanneskirche gedacht worden.





„Linse-Dinner“ – Erinnerungen an das Entführungsoffer Dr. Walter Linse

von Jörg Kürschner



FV-Mitglied Hubertus Fedke, Jörg Kürschner, Peter und Gudrun Seifert, Benno Kirsch (v.l.)

Ende Mai war es wieder so weit: Peter und Gudrun Seifert luden zum „Linse-Dinner“ im Berliner Nicolai-Viertel, dort wo sich das in Ohio lebende Ehepaar stets besonders wohl fühlt.

„Linse-Dinner“? – Peter Seifert ist ein Neffe von Dr. Walter Linse, der 1953 von den Sowjets hingerichtet worden ist. Der 1903 in Chemnitz geborene Linse war ein aufrechter Antikommunist, der nach dem Krieg in Berlin (West) für den Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen (UFJ) gearbeitet hat. Der Jurist beriet Gewerbetreibende in der DDR bei Ent eignungsfragen.

Linse wurde 1952 unter Anwendung von Waffengewalt aus dem freien Teil der Stadt nach Ostberlin entführt und in das Stasi-Untersuchungsgefängnis Hohenschönhausen gebracht. Der Generalstaatsanwalt Russlands rehabilitierte Linse am 8. Mai 1996 als po-

litisches Opfer. Vor neun Jahren war der Linse-Biograf Benno Kirsch Hinweisen nachgegangen, denen zufolge der Jurist als Mitarbeiter der Industrie- und Handelskammer Chemnitz an der Arisierung jüdischen Vermögens beteiligt war. Andererseits ist unstrittig, dass Linse jüdische Mitbürger vor der Verfolgung durch die Nazis bewahrt hat.

Jetzt hat Kirsch einen lesenswerten Beitrag in „Einst und Jetzt, Jahrbuch des Vereins für corpsstudentische Geschichtsforschung, Bd. 61 (2016), S. 301–334, veröffentlicht: „Zwischen rechtsstaatlichen Idealen und Arisierung. Der Werdegang von Walter Linse bis zum Jahr 1938“.

Weitere Informationen finden sich auch auf der Netzseite:

www.unser-walter-linse.org



Hermann Schäfer: „Deutsche Geschichte in 100 Objekten“

von Jörg Kürschner

FV-Mitglied Hermann Schäfer wagt einen anderen Blick auf die deutsche Geschichte.

Der renommierte Historiker präsentiert Geschichte mittels 100 interessanter Geschichten: Der Thron Karls des Großen und der Stuhl Benedikts des XVI., die Bibel Martin Luthers und die Bleistifte von Wilhelm Busch, der Blitzableiter und die Pille, Geruchsproben der DDR-Staatssicherheit und Logos der Protestbewegungen – wie ein Mosaik fügt der frühere Gründungspräsident des Hauses der Geschichte die historischen Einzelstücke zu einer fesselnden Erzählung zusammen.

Ausführlich geht Schäfer auf die Praxis der Stasi ein, Geruchskonserven von politischen Gegnern anzulegen. Für ihn ein „handgreifliches Indiz“, dass die DDR ein Unrechtsstaat war. Doch er weist auch darauf hin, dass die Idee, Geruchsproben in der Kriminalistik einzusetzen, mit dem Zusammenbruch der DDR keineswegs erledigt war.

2007 nahm die Generalbundesanwaltschaft im Zuge der Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm Geruchsproben von Globalisierungsgegnern. Anschaulich schildert der Autor die Öffnung der Mauer am 9. November 1989, der die legendäre Pressekonzferenz des SED-Funktionärs Günter Schabowski vorausgegangen

war. „An diesem Tag lief alles für ihn schief – für die deutsche Geschichte aber sensationell“, resümiert Schäfer. Ihm ist es gelungen, 200 Jahre deutscher Geschichte leicht verständlich anhand von Mosaiksteinen lebendig zu erzählen.



Hermann Schäfer:
Deutsche Geschichte in
100 Objekten. Piper Verlag
München, Berlin, 2015.
656 Seiten, 38.00 Euro.



Julia Spohr: „In Haft bei der Staatssicherheit. Das Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen 1951–1989“

von Stefanie Hüttl (Wiss. Volontärin des Zeitzeugenbüros, Gedenkstätte Berlin-HSH)

„Die vorliegende Arbeit versteht sich somit als ein notwendiger Beitrag zur Grundlagenforschung zu diesem zentralen Ort strafrechtlicher Repression in der DDR.“ Dies sind Julia Spohrs eigene Worte über ihre 2013 verteidigte Dissertation an der Freien Universität zu Berlin zur zentralen Untersuchungsanstalt Berlin-Hohenschönhausen. Die Autorin war langjährige Mitarbeiterin der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen und leitet derzeit die Öffentlichkeitsarbeit für die Stiftung Sächsische Gedenkstätten.

In Hohenschönhausen wurde vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) gegen rund 11.000 Menschen ermittelt – meist politische Gegner des SED-Regimes. Zunächst widmet sich Spohr der strafrechtlichen Ermittlungsarbeit des MfS und deren normativen Grundlagen sowie einer Beschreibung der Aufgaben und Strukturen der Abteilung XIV (Haftvollzug) und der Hauptabteilung IX (Untersuchungsorgan). Des Weiteren analysiert die Autorin die verschiedenen Tatvorwürfe, die während der vier DDR-Jahrzehnte im Zentrum der MfS-Ermittler standen. Das MfS nutzte einen eigenen Jargon: In den 1950er Jahren spielten „Kriegs- und Boykott-hetze“, Spionage, „Sammlung von Nachrichten“ und Verbindungen zu „verbrecherischen Organisationen“ eine große Rolle – gemeint war bei-

spielsweise das Ostbüro der SPD. Außerdem reagierten die SED und das MfS auf den Juniaufstand 1953 mit einer großen Festnahmewelle. Nach dem Mauerbau 1961 lag der Fokus der Ermittlungen auf den Republikflüchtigen und Fluchthelfern. Ende der 1960er Jahre trat das Delikt der „staatsfeindlichen Hetze“ am häufigsten auf. Dahinter verbarg sich die Berufung der DDR-Deutschen auf das Recht der Meinungs- und Religionsfreiheit. Dies beinhaltete das Verfassen und Verteilen von sogenannten „Hetzschriften“ und die Organisation von Protesten. In den letzten beiden Jahrzehnten der DDR beschäftigten sich die MfS-Ermittler hauptsächlich mit „ungesetzlichen Grenzübertreten“ sowie der Bekämpfung der Flucht- und Ausreisebewegung. Damit wurde der Freiheitsdrang der DDR-Bürger kriminalisiert.

Spohr beschreibt das Selbstbild des MfS ebenso wie die Sichtweise der Häftlinge. Um sich historischen Tatsachen zu nähern, werden in der Monografie geschichtliche Aspekte aus verschiedenen Perspektiven betrachtet. So arbeitet die Autorin in ihrer Studie die Intentionen und Arbeitstechniken der MfS-Mitarbeiter heraus und stellt sie den individuellen Erfahrungen der Häftlinge gegenüber. Hier erläutert Spohr beispielsweise die ständige Kontrolle der Häftlinge durch die Schließer, um Suizidversuche zu ver-

meiden. Den ehemaligen Insassen ist vor allem die andauernde Kontrolle im Gedächtnis geblieben, und viele von ihnen erinnern sich noch heute an die ständige Beobachtung durch die Wachtposten. Die Absichten des MfS werden mit internen Unterlagen, wie Verhörprotokollen oder Abschlussarbeiten, die die Vernehmer an der MfS-eigenen Hochschule einreichten, belegt. Die Sicht der Häftlinge wird mit Kurzbiografien und Fallbeispielen dargestellt. Zwischen 19 und 23 Prozent der Insassen waren Frauen. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Inhaftierten lag bei mehreren Monaten. Außerdem fand Spohr heraus, dass mehrheitlich junge Menschen inhaftiert wurden und das Durchschnittsalter bis zu 30 Jahre betrug. Mit Diagrammen und Statistiken veranschaulicht sie ihre Untersuchungsergebnisse sehr leserfreundlich. Darüber hinaus beschäftigt sich Spohr mit den Haftbedingungen und dem Haftalltag. Im Fokus stehen hierbei die Beschäftigungen in der Zelle, die Zelleninformanten, die Hygiene sowie die psychische Verfassung der Häftlinge. Beeindruckend sind die Erinnerungen der Häftlinge an ihre Selbstbehauptung und ihren Widerstand im Gefängnis, der bis zum Hungerstreik reichte. Um ein authentisches Bild der Betroffenen zu vermitteln, werden Ego-Dokumente, wie Briefe, autobiografische Texte und Interviews, verwendet. Laut der Autorin blieben

drei Haftumstände im Laufe der Zeit unverändert: die Isolation, die Desorientierung und die ständige Unterbeschäftigung in der Zelle.

Zum Schluss geht Julia Spohr auf die Rolle der Hauptabteilung IX als Untersuchungsorgan ein und zeigt die weitreichenden Einflüsse des MfS auf die Gestaltung des Strafrechts und die Gerichtsprozesse. Spohrs Dissertation ist eine gute Grundlage für weitere Forschungsarbeiten und überzeugt vor allem durch das vielseitig verwendete Quellenmaterial. Am wertvollsten sind die Gespräche mit ehemaligen Häftlingen sowie die Zeitzeugeninterviews, die ihr die Gedenkstätte zur Verfügung stellte. Darüber hinaus hat sie Stasi-Akten und Verhörprotokolle eingesehen. Durch Zitate, Fallbeispiele und Kurzbiografien wird deutlich, wie lebendig Geschichte ist. Spohr macht somit auf den Wert der Zeitzeugen und ihrer Erinnerungen aufmerksam.



Julia Spohr: In Haft bei der Staatssicherheit. Das Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen 1951–1989. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2015. 430 Seiten, 34,99 Euro



Lissabon: Besuch im „Museu do Aljube. Resistencia e Liberdade“

von Jörg Kürschner

Wohl kaum ein Lissabon-Tourist hat eine Fahrt mit der berühmten gelb farbigen Straßenbahn 28 ausgelassen, die gemächlich die sehenswerte Stadt am Tejo durchquert.

Historisch interessierten Besuchern sei ein Ausstieg in der Rua Augusta Rosa empfohlen. Dort findet man das „Museum Aljube – Widerstand und Freiheit“. Es ist dem Andenken des Kampfes gegen die Diktatur gewidmet und dem Widerstand für Freiheit und Demokratie, wie es auf der Netzseite des Museums heißt.

Wer mit der hiesigen Erinnerungskultur vertraut ist, wundert sich, dass das Museum erst im April 2015 eröffnet worden ist, 41 Jahre nach der Nelkenrevolution. Am 25. April 1974 stürzte das Militär die Salazar/Caetano-Diktatur, verhinderte später aber auch mit Hilfe der demokratischen Parteien eine Machtübernahme Portugals durch die Kommunisten.

Die Stätte der Erinnerung ist ähnlich wie in Hohenschönhausen in dem Gebäude der einstigen Peiniger, der Geheimpolizei PIDE untergebracht, sichtbar von außen durch die vergitterten Fenster. Thematisiert wird die Zeit zwischen 1926 und 1974, also die Militärdiktatur, ihr brutales Handeln im Land gegen politische Opponenten und in den Kolonien gegen Aufständische. Zu besichtigen sind auch die



engen Zellen, in denen die PIDE die Gefangenen gefoltert hat.

Welch ein Kontrast, wenn man die vierte Etage des Gebäudes betritt. Dort lädt eine Cafeteria zum Verweilen ein, mit einem atemberaubenden Blick auf die Stadt. Nichts scheint mehr zu erinnern an das schlimme Schicksal der politischen Gefangenen einige Treppenstufen tiefer. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:
Förderverein Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Dinkelsbühler Steig 12
13465 Berlin

Telefon/Fax: +49 (30) 22 48 99 20

info@foerdereverein-hsh.de
www.foerdereverein-hsh.de
www.facebook.com/groups/foerderevereinshsh

Redaktion:
Dr. Jörg Kürschner
André Kockisch

Fotos:
Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Layout:
Anne Dück

Auflage:
700 Druckexemplare

BUCHHANDLUNG 89

In der Gedenkstätte
Berlin-Hohenschönhausen
Gensterstr. 66
13055 Berlin

Telefon: +49 (30) 98 60 82-507
Fax: +49 (30) 98 60 82 34

kontakt@buchhandlung89.de
www.buchhandlung89.de

